

Leere Kassen

Gedanken zur Bundestagswahl

Freie
Demokraten
FDP

Schuldenbremse ja oder nein

Rückkehr zur ökonomischen Vernunft?

von Dr. Christian Gruenler, FDP Zorneding

Die Vertreter eines Wohlfahrtsstaates, so sagt man, seien überzeugt, dass Politik allein von Werten und Bedürfnissen bestimmt sein sollte und dafür müsse dann einfach das erforderliche Geld zur Verfügung gestellt werden – notfalls mit der Aufnahme von Staatsschulden. Die Vertreter eines schlanken Staates wollten dagegen die politischen Spielräume aus den verfügbaren Steuereinnahmen ableiten und

auf keinen Fall Schulden aufnehmen. Eine Verhärtung dieser beiden Sichtweisen war bekanntermaßen der Auslöser zum Bruch der Ampelkoalition, den wir gerade erlebt haben.

Gerade scheint allerdings wieder ein Umdenken zu erfolgen – weg von der Diskussion über „Schulden-

Foto oben: Auch im Landkreis Ebersberg haben wir inzwischen eine prekäre Kassenlage - mit bald wohl weit über 150 Millionen Euro Gesamtverschuldung. Dies hemmt viele dringend nötige Investitionen, wie den Bau einer Berufsschule und eines fünften Landkreis-Gymnasiums sowie den Ausbau der Kreisklinik. Dabei fehlen dann noch so wichtige Dinge, wie die dringend nötige Sanierung des Hallenbades von Kirchseeon, um Kindern das Schwimmen zu lehren.

bremse ja oder nein“ hin zu der Frage, die die Politik doch eigentlich beschäftigen sollte, nämlich **FÜR WAS der Staat Geld ausgeben sollte**. In diesem Diskurs wird dann schnell klar, dass es die Kernfrage fast allen politischen Handelns ist, ob es sich bei einer staatlichen Ausgabe um eine Investition handelt, die mit Renditeerwartungen verbunden ist, oder ob es sich um eine konsumtive Ausgabe handelt, deren Wirkung zwar Wohltaten schafft, deren Wirkung aber schnell verpufft. Dabei kommen dann auch Fragen auf wie die, ob mit der Finanzierung einer politischen Maßnahme tatsächlich das verfolgte Ziel erreicht wird und ob wir dieses Ziel überhaupt verfolgen wollen.

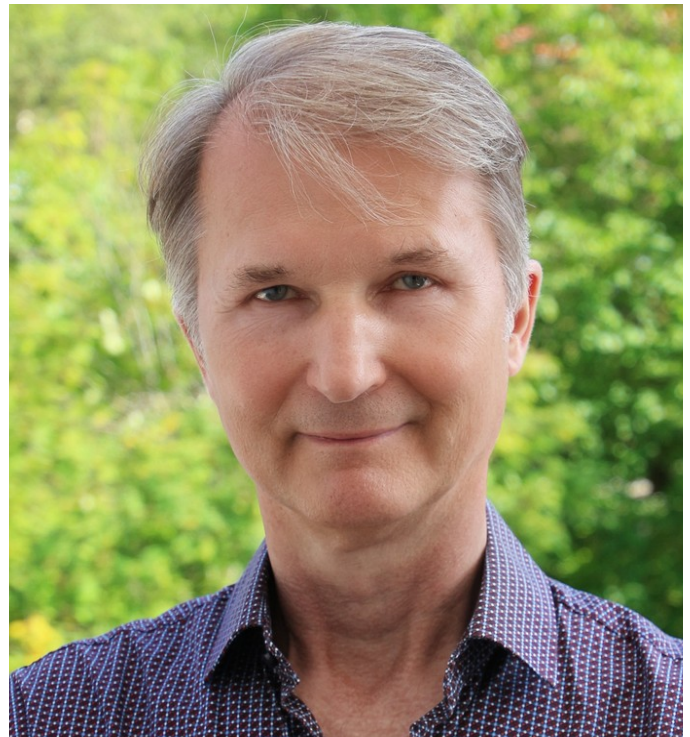
Das sind im Einzelfall oft schwierige Fragen. Bei der Digitalisierung und der Instandsetzung der maroden Infrastruktur sind sich vermutlich noch alle einig – das muss einfach gemacht werden. Aber sind dafür mehr Staatsschulden gerechtfertigt, damit es schneller gemacht werden kann, als wenn man das aus den laufenden Steuereinnahmen finanziert? Oder: Wie viel Verteidigungsausgaben müssen wir auf uns nehmen um in der Außenpolitik resilienter zu werden und hat das nicht indirekt auch mit unserer wirtschaftlichen Stabilität etwas zu tun? Wie viel darf der soziale Wohnungsbau kosten?

Hat Bildung eine Rendite?

Alle wollen ein besseres Bildungssystem - aber wie soll die Finanzierung einer Investition in Bildung aussehen, wenn die „Rendite“ in Form von besser gebildeten Jung-Bürgern erst 15 bis 20 Jahre nach der Investition auf den Arbeitsmarkt kommt? Inwieweit muss man Staatsausgaben im Kampf gegen die Kinderarmut als Investition in eine stabile Gesellschaft begreifen, – ein „Asset“ das Deutschland bis-

her hat und das erhalten werden muss? Und so weiter.

Überlagert werden Diskussionen um die Sinnhaftigkeit einzelner staatlicher Investitionen sehr oft vom Glauben an die Theorien von John Maynard Keynes (1883-1946). Er hat in den 1930er Jahren die These aufgestellt, dass Regierungen einem konjunkturel-



Dr. Christian Gruenler lebt seit 2020 in Zorneding und ist unter anderem als Delegierter des Bezirks Oberbayern Mitglied im Landesfachausschuss für Außen- und Sicherheitspolitik der FDP (offizielle Bezeichnung: „Außen und Sicherheit, Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen“). Er arbeitet als promovierter Politikwissenschaftler bereits seit vielen Jahren für verschiedenste internationale Unternehmen und Organisationen. Zudem ist er Autor von Fachbüchern und letztes Jahr hat er unter dem Titel **EUROCAN 2033** seinen ersten Roman veröffentlicht. Dieser Polthriller mit einem Umfang von 752 Seiten handelt in naher Zukunft im Jahr 2033, wo Wladimir Putin immer noch an der Macht ist und Deutschland kurz vor der Realisierung einer wegweisenden Wasserstoff-Technologie zur Lösung der Energieprobleme steht. Aber es kommt ganz anders, denn diese Technologie würde natürlich den Russen ganz und gar nicht gefallen. Alles spitzt sich dramatisch zu und eskaliert zu einer geopolitischen Krise im Jahr 2033.

len Abschwung mit Staatsausgaben entgegenwirken müssen, und zwar auch dann, wenn dafür die Aufnahme von Schulden erforderlich ist („deficit spending“), denn diese Schulden könne man dann ja in der dann folgenden konjunkturellen Hochphase mit den dann höheren Steuereinnahmen wieder zurückbezahlen. Diese Theorie hat sich jedoch in der Praxis als höchst unzuverlässig erwiesen. Oft haben Staatsausgaben eben nicht zur konjunkturellen Belebung geführt, oft hat sich durch „deficit spending“ einfach nur der staatliche Schuldenberg erhöht und ist dauerhaft hoch geblieben. Trotzdem hat sich diese scheinbar so plausible Theorie in den Köpfen festgesetzt und sogar die Ökonomen des IWF haben deren Anwendung von der deutschen Regierung in jüngster Zeit immer wieder gefordert.

Konjunkturbelebung ja, aber wie?

Auch hier gilt allerdings, dass es auch beim Thema Konjunkturbelebung entscheidend darauf ankommt, FÜR WAS das staatliche Geld konkret ausgegeben wird. Ein grober Scherz macht schnell klar, was dabei schief gehen kann: Wenn die Regierung bei einem beginnenden Konjunkturabschwung die eine Hälfte der Bevölkerung dafür bezahlt Löcher zu graben und die andere Hälfte dafür bezahlt die Löcher wieder zuzuschütten, dann wurde zwar Vollbeschäftigung für die gesamte Bevölkerung geschaf-

Impressum: Liberaler Blick - News aus dem Landkreis Ebersberg - # 9

Herausgeber: FDP-Kreisverband Ebersberg, www.fdp-ebe.de

V.i.S.d.P.: Dr. Susanne Markmiller, Bucher Str. 2, 85614 Kirchseeon

Redaktion/Layout: Peter Pernsteiner Text: Dr. Christian Gruenler

Fotos: Dr. Christian Gruenler, Dirk Sterner

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für unrichtige, unvollständige oder falsche Angaben. Nachdruck und Veröffentlichung von Beiträgen (oder Teilen von Beiträgen) aus diesem Newsletter nach Rücksprache kostenlos möglich.

Alle Ausgaben unseres Newsletters **Liberaler Blick** gibt es unter

www.fdp-ebe.de/liberaler-blick

*„Ob es Hartz IV heißt
oder Bürgergeld,
ist nicht entscheidend.
Wichtig ist:
Diese Sozialleistung
ist für die Bedürftigen da,
die nicht arbeiten können.
Es ist kein bedingungsloses
Grundeinkommen für alle,
die keine Lust haben, zu arbeiten.“*



Martin Hagen

am 6.12.2024
in einem Interview der
„Bayerische Staatszeitung“

**Freie
Demokraten**
FDP

[Link zum Interview in der Bayerischen Staatszeitung](#), in dem Martin Hagen auch über Einsparpotenziale für den Bundeshaushalt spricht.

fen, aber eben kein Wohlstandsgewinn und kein Wirtschaftswachstum.

Als **Fazit** lässt sich daher festhalten: Das, was nun am meisten gefragt ist, ist ökonomische Klugheit, Erfahrung und das Denken in Kosten-Nutzen-Verhältnissen. Von dem führungsschwachen Olaf Scholz sind in dieser Hinsicht wenige Ideen und Beiträge bekannt. Wir werden wohl bald sehen, ob der ehemalige Investment-Banker Friedrich Merz hier eine bessere Leistung abliefern kann.

Dabei sollten wir alle die neue Bundesregierung dadurch unterstützen, dass jeder von uns sich die Mühe macht, ökonomische Sachverhalte rational zu verstehen, die Kosten und den Nutzen von staatlichen Ausgaben ideologiefrei nachzuvollziehen und auf dieser Basis an der Sanierung Deutschlands mitzuwirken. Aber dies ist ja nun wirklich keine neue Forderung an die Bevölkerung eines demokratischen Landes.